



Ratsreport

6. Februar 2018

Inhalt

Köln braucht dringend mehr Flächen für Kitas	3
Fahrverbote durch die Hintertür	4
Kurz notiert	5
» „Edelgard schützt“: Sicherheit für Frauen und Mädchen	5
» Kölner Städtepartnerschaften sichtbarer machen	5
» Einwanderung ins Museum!	5
» Interkulturelle Kompetenzen in der Stadtverwaltung stärken	5
» Rat beschließt Katzenschutzverordnung	6





Ralf Heinen: „Der Bedarf ist groß, deshalb müssen wir neue Wege gehen: Für die Zukunft darf es keine Denkverbote geben.“

Köln braucht dringend mehr Flächen für Kitas

Ein Kita-Platz in der Nähe des eigenen Zuhauses? In Köln immer schwieriger zu finden!

Die Stadt wächst, die Zahl der Geburten steigt – und der Ausbau von Kita-Plätzen und anderen Betreuungsangeboten muss dringend anziehen, denn wir wollen hier das Angebot deutlich weiter ausbauen. „Derzeit hapert es vielfach schon an ausreichenden Flächen an den richtigen Stellen – das muss sich dringend ändern, wenn wir einen deutlichen Sprung bei den Plätzen machen wollen“, erläutert Ralf Heinen, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

In einer aktuellen Ratsinitiative fordert die SPD-Fraktion die verschiedenen Bereiche der Stadtverwaltung zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf. „Der Bedarf ist groß, deshalb müssen wir neue Wege gehen: Neue Ideen für die Unterbringung von Großtagespflegen, mehr Betriebskindergärten auch mit Unterstützung von IHK und HWK – für die Zukunft darf es keine Denkverbote geben. Dafür muss aber auch endlich das Flächenmanagement in dieser Stadt funktionieren“, so Heinen weiter.

In Zeiten knapper Flächen müssen Nutzungen künftig kombiniert werden. Heinen: „Kitas können zum Beispiel auf Flächen mit untergebracht werden, die für den Schulbau vorgesehen sind. Sportvereinsheime, Seni-

orenwohnheime oder die Erdgeschosse von Wohnungsneubauvorhaben bieten ebenfalls Möglichkeiten für innovative Kooperationsmodelle.“

Investoren berichten oft, dass Prozesse in der Stadtverwaltung verschlankt und optimiert werden müssen. Viele Projekte scheitern an Abstimmungsprozessen oder verzögern sich durch lange Genehmigungsverfahren.

Ralf Heinen bringt es auf den Punkt: „Wir fordern daher von der Stadtverwaltung, dass der Kita-Ausbau als gemeinsame Aufgabe und gemeinsames Ziel aller beteiligten Ämter mit einer besonderen Priorität behandelt wird. Bei der Suche nach geeigneten Flächen für den Kita-Bau darf es keine weiteren Verzögerungen geben. Die Umsetzung von konkreten Projekten muss von allen involvierten Dienststellen unterstützt werden – dabei darf es keine Denkverbote geben, auch über neuartige kombinierte Nutzungen zu beraten.“

Unsere Initiative

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=72869&vo-select=18384

Gemeinsamer Änderungsantrag

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=73364

Fahrverbote durch die Hintertür

CDU und Grüne beschließen Einstieg in pauschale Dieserverbote. Gegenmaßnahmen liegen lange auf dem Tisch. Stadtverwaltung muss endlich aktiv werden.

Mit dem heute im Stadtrat beschlossenen Luftreinhalteplan haben CDU und Grüne den Grundstein für pauschale Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Köln gelegt. Die beiden Fraktionen stimmten einem Vorschlag der Stadtverwaltung zu, entsprechende Verbote vorzubereiten, falls das Bundesverwaltungsgericht diese in seiner für Ende Februar angekündigten Entscheidung für rechtmäßig erklärt. Die SPD im Stadtrat kritisiert pauschale Fahrverbote für Dieselfahrzeuge vehement als unsozial und schädlich.

Andreas Pöttgen, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Wir sind empört, dass CDU und Grüne hier mal eben plötzlich ein Dieselfahrverbot beschließen. Statt das Problem der Luftverschmutzung wirkungsvoll zu bekämpfen, sollen hier tausende Kölnerinnen und Kölner quasi zwangsenteignet werden. Ich bin mir gar nicht sicher, ob vor allem die CDU überhaupt begriffen hat, wofür ihre Ratsmitglieder da gerade die Hand gehoben haben.“

Vielmehr fordert die SPD-Fraktion, endlich die vielen Maßnahmen umzusetzen, die lange auf dem Tisch liegen und bereits beschlossen sind. Wilfried Becker, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Wir haben bei der Luftreinhaltung, wie so oft in dieser Stadt, ein massives Umsetzungsproblem. Wenn die Stadtverwaltung in der Vergangenheit aktiv geworden wäre, stünden Fahrverbote jetzt vermutlich überhaupt nicht zur Debatte. Das ist besonders fatal, weil es um die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner geht.“

Auch in der heutigen Ratssitzung forderte die SPD-Fraktion erneut die schnellstmögliche Umsetzung von Instrumenten wie Verbesserung des Verkehrsflusses, Radverkehrskonzepte und die Förderung der Elektromobilität, um pauschale Fahrverbote zu verhindern. Erneut konnte sie sich gegenüber CDU und Grünen nicht durchsetzen, die wieder nur reden statt handeln und am Ende auf Fahrverbote setzen.

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=73385&vo-select=18384



Andreas Pöttgen: „Statt das Problem der Luftverschmutzung wirkungsvoll zu bekämpfen, sollen hier tausende Kölnerinnen und Kölner quasi zwangsenteignet werden.“

Kurz notiert

„Edelgard schützt“: Sicherheit für Frauen und Mädchen – auch in städtischen Gebäuden!

Die SPD-Fraktion unterstützt ausdrücklich das Kölner Projekt Edelgard für mehr Sicherheit für Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum. Ziel ist es, Orte in der Stadt zu schaffen, an denen Frauen und Mädchen Hilfe bekommen können, wenn sie sich bedroht fühlen oder Ziel von sexualisierter Gewalt werden. Diese Orte sollen an dem Hinweis „EDELGARD schützt“ erkennbar sein. Die SPD-Fraktion hat sich nun gerne einer Ratsinitiative angeschlossen, die fordert, dass die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und geeignete städtische Gebäude und Einrichtungen aktiv in das Schutznetzwerk einbindet.

CDU und Grüne konnten sich für dieses Thema offensichtlich nicht erwärmen und haben den Antrag in den Fachausschuss geschoben. Ein klares Statement für dieses sinnvolle und wichtige Projekt sieht anders aus.

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=73052&vo-select=18384

Kölner Städtepartnerschaften sichtbarer machen

Köln pflegt seit vielen Jahren erfolgreich Partnerschaften mit 24 Städten auf der ganzen Welt – von Barcelona über Peking bis nach Wolgograd. Der enge Austausch mit anderen Gesellschaften und Kulturen hat im weltoffenen Köln eine lange und gute Tradition. Der Rat hat nun mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossen, diese Städtepartnerschaften in Köln sichtbarer zu machen und für ein entsprechendes Konzept rund 50.000 Euro bereitzustellen. Dazu gehört

nach Auffassung der SPD-Fraktion auch, dass die Städtepartnerschaftsvereine mehr Mittel bekommen. Denn ein enger Austausch mit den Partnerstädten ist nur möglich, wenn ausreichend Geld vorhanden ist – zum Beispiel für Austauschprogramme zwischen den Städten. Dieser Zusatzantrag wurde von CDU, Grünen und FDP mit finanziellen Scheinargumenten abgelehnt. Damit ist für die Städtepartnerschaften eine Chance zur Ausweitung ihrer guten Arbeit ungenutzt geblieben. Die SPD-Fraktion wird bei dem Thema nicht locker lassen. Denn bereits mit vergleichsweise geringen Mitteln ließe sich hier viel bewegen.

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=648793&type=do&>

Einwanderung ins Museum!

Der Stadtrat will ein Museum für Einwanderung nach Köln holen. Die Stadtverwaltung soll zusammen mit dem DOMiD (Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e. V.) ein Konzept für ein solches Migrationsmuseum erarbeiten und prüfen, welche Mittel von Bund oder Land zur Finanzierung gesichert werden können. Das Museum soll die Geschichte der Einwanderung in die Metropole Köln für alle Bewohner der Stadt sichtbar und erlebbar machen. Die Idee fand breite Unterstützung der Fraktionen im Stadtrat.

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=72477&vo-select=18384

Trainings und Pilotprojekt: Interkulturelle Kompetenzen in der Stadtverwaltung stärken

Die Kölner Stadtverwaltung soll sensibler

werden für interkulturelle Belange – dafür setzt sich die SPD-Fraktion ein. Unter anderem sollen die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechende Schulungen erhalten, um kulturelle Unterschiede und Besonderheiten besser zu verstehen und zu berücksichtigen. Ein Pilotprojekt soll zudem das sogenannte anonymisierte Bewerbungsverfahren erproben. Bewerbungsunterlagen werden dann zunächst ohne personenbezogene Informationen wie Geschlecht, Nationalität, Alter, Name etc. bewertet, sodass für die Entscheidung für ein persönliches Bewerbungsgespräch allein die fachlichen Qualifikationen ausschlaggebend sind. Der Rat hat diese gemeinsame Initiative von SPD, die Linke und der Ratsgruppe BUNT aufgegriffen und die Kernelemente mit breiter Mehrheit beschlossen.

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=646772&type=do&>

Wichtiger Schritt für den Tierschutz: Rat beschließt Katzenschutzverordnung

Künftig müssen in Köln alle Katzen, die Freigang haben, durch einen Mikrochip oder eine Ohrtätowierung gekennzeichnet und registriert werden. Fortpflanzungsfähige Stubentiger dürfen nur noch raus, wenn sie auch kastriert sind. Mit der heute vom Rat beschlossenen Katzenschutzverordnung soll der Gesundheitszustand der etwa 20.000 in Köln frei lebenden Katzen langfristig verbessert werden. Dafür ist es wesentlich, dass sich die Tiere nicht weiter vermehren. Nur so können sich private Tierschutzorganisationen angemessen um frei lebende Tiere kümmern, auch die Tierheime werden in ihren Aufnahmekapazitäten nicht überfordert. Katzenbesitzerinnen und -besitzer werden mit einer gemeinsamen Kampagne der Stadt mit Tierschutzvereinen und Tierheimen über die neuen Regelungen informiert.

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?_kvonr=72267&vo-select=18384

